

05.12.1988

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/3500, 10/3740 und 10/3780
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989
Haushaltsgesetz 1989

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Heugel SPD

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 02 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Datum des Originals: 05.12.1988/Ausgegeben: 05.12.1988

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 11 43, Telefon (02 11) 884 24 39, zu beziehen.

MM D 1 0 / 3 8 0 2 -2

BerichtA Beratungsergebnis des Fachausschusses

Der Entwurf des Einzelplans 02 wurde vom Hauptausschuß und teilweise vom Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung sowie vom Ausschuß für Frauenpolitik beraten. Die Ergebnisse sind in den beigehefteten Berichten - Vorlagen 10/1854, 10/1855 und 10/1887 - dargestellt.

B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Das für alle Einzelpläne zusammengefaßte Ergebnis der Beratung des Personaletats in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und im Haushalts- und Finanzausschuß ist aus dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989 - Drucksache 10/3815 - sowie im einzelnen aus der als Anlage beigelegten Zusammenstellung der Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 1. Dezember 1988 abschließend mit dem Einzelplan 02 befaßt. Er folgte den Änderungsempfehlungen des Hauptausschusses und des Ausschusses für Frauenpolitik. Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hatte keine Änderungen vorgeschlagen.

Die Fraktion der CDU stellte die aus dem Anhang zu diesem Bericht ersichtlichen 4 Änderungsanträge, die mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt wurden.

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 02 unter Einbeziehung der Änderungsempfehlungen der Fachausschüsse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zur 2. Lesung an.

Weiss
Vorsitzender

Beigeheftet: Vorlagen 10/1854, 10/1855 und 10/1887
Anhang: Änderungsanträge der Fraktion der CDU
Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministers mit
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen
Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und
Stellenübersichten

MM D 1 0 / 3 8 0 2 - 4

Änderungsantrag der Fraktion der CDU zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksachen 10/3500 und 10/3740

und

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989 (Haushaltsgesetz 1989)

hier: Einzelplan 02

Kapitel 02 060

Ministerpräsident und
Staatskanzlei
Wissenschaftszentrum NW

Dieses Kapitel wird ersatzlos gestrichen. Damit entfallen:

bei Titel 547 10

Sächliche Verwaltungsausgaben

700.000 DM

bei Titel 812 10

Erwerb v. Geräten, Ausstattungs-
und Ausrüstungsgegenständen zur
Ersteinrichtung

50.000 DM

insgesamt

750.000 DM

Begründung:

Die dem Wissenschaftszentrum zugewiesenen Aufgaben sollten, um zusätzliche Kosten für die neue Einrichtung zu vermeiden, den Hochschulen des Landes zugewiesen werden.

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1989 - Drucksache 10/3500 und 10/3740

Einzelplan 02 Kapitel 02010 Titel 529 10	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
	Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für allgemeine Zwecke	- 100 000	Die CDU-Fraktion stimmt nur dem Ansatz "Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellen Gebieten" (529 40 mit + 200 000) zu.
Einzelplan 02 Kapitel 02010 Titel 531 10	Zweckbestimmung Öffentlichkeitsarbeit	Antrag - 445 000	Begründung Ansatz stets in doppelter Höhe wie entsprechend Ansatz in 01
Einzelplan 02 Kapitel 02010 Titel 541 10	Zweckbestimmung Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung	Antrag - 100 000	Begründung Das bevölkerungsreichste und hoch verschuldete Bundesland wurde mit dem bisherigen Ansatz in zureichendem Maße repräsentiert. Eine 9%ige Steigerung ist nicht gerechtfertigt.

MM D 1 0 / 3 8 0 2 : 7

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

25.11.1988

10. Wahlperiode

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

VORLAGE
10/ 1854

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

- Drucksachen 10/3500 und 10/3740 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Hauptausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Bürger SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - wird mit nachstehenden Änderungen und Ergänzungen, im übrigen unverändert angenommen.

BerichtAllgemeines

Der Einzelplan 02 wurde in den Sitzungen des Hauptausschusses am 6. Oktober und am 24. November 1988 beraten.

Personaltitel

Gegenstand der Kritik der Oppositionsfraktionen war insbesondere die vom Ministerpräsidenten und Chef der Staatskanzlei beabsichtigte Einrichtung einer neuen Abteilung "Koordination der Wirtschafts- und Strukturpolitik/Regierungsplanung".

Hierfür wird jeweils eine Planstelle der Besoldungsgruppe B 7 (Ministerialdirigent), B 4 (Leitender Ministerialrat), A 16 (Ministerialrat) und A 13 (Regierungsrat) sowie jeweils eine Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe V c/VI b (Dienststart 03) und VI b/VII (Dienststart 03) benötigt. Die Fraktion der CDU stellte den Antrag, bei

Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

und

Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

diese 6 Planstellen und Stellen zu streichen. Angesichts der hohen Verschuldung des Landes seien diese Stellen, die das Land auf Dauer mit zusätzlichen Ausgaben belasten, nicht finanzierbar. Die neue Abteilung und damit die zusätzlichen Stellen seien darüber hinaus auch nicht erforderlich, da auf das vorhandene Personal in den Fachministerien zurückgegriffen werden könne.

Die Fraktion der F.D.P. schloß sich diesem Antrag an und erklärte einen hierzu zunächst eigenständig vorgelegten Antrag insoweit für erledigt. Darin hatte sie ausgeführt, wenn eine bessere Integration und Koordination aller Maßnahmen zur Strukturverbesserung des Landes auch wünschenswert sei, beruhe die Stellenvermehrung in der Staatskanzlei nicht auf einem plausiblen Konzept für eine größere Effizienz der Landesregierung. Insbesondere würde durch die Bildung einer zusätzlichen Gruppe "Koordination der Wirtschafts- und Strukturpolitik" innerhalb der neu zu bildenden Abteilung wegen des ungeklärten Verhältnisses zu der eigentlich zuständigen Führungsspitze im Wirtschaftsministerium die Koordination eher erschwert als verbessert.

Nach einer grundsätzlichen Erörterung der Zielvorgaben, die sich mit parlamentarischen Aktivitäten - beispielsweise aus den Anträgen zur "Effizienzsteigerung der Landesverwaltung" oder auch zur "Entbürokratisierung" sowie umfangreichen Bemühungen zur Verwaltungsvereinfachung während vergangener Legislaturperioden - verbinden, wurde der Antrag der Oppositionsfraktionen auf Kürzung der Planstellen um 4 und der Angestelltenstellen um 2 mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Sach- und Investitionstitel

1. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titel 529 10 - Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für allgemeine Zwecke

Die Fraktion der CDU verwies darauf, dem Mittelansatz in Titel 529 40 - zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellem Gebiet - zuzustimmen, beantragte aber hier eine Kürzung des Ansatzes

von 305 000 DM
um 100 000 DM
auf 205 000 DM.

Dieser Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD abgelehnt.

2. Titel 529 40 - Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellem Gebiet

Die Fraktion der F.D.P. beantragte die Streichung des Mittelansatzes mit der Begründung, die Vergabe dieser für kulturelle Zwecke vorgesehenen Ausgaben sollte durch den Fachminister im Rahmen eines schlüssigen Förderungskonzepts erfolgen. Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

3. Titel 531 10 - Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit)

Die CDU-Fraktion beantragte, den Ansatz in Höhe von 2 682 200 DM um 445 000 DM zu kürzen, da sie - wie auch in den Vorjahren - einen Ansatz in doppelter Höhe des entsprechenden Mittelansatzes im Einzelplan 01 - Landtag - für angemessen und auch ausreichend hält.

Nachdem die F.D.P.-Fraktion zunächst die Kürzung um 600 000 DM beantragen wollte, weil sie die Erhöhung des Ansatzes für nicht finanzierbar hielt und der Auffassung ist, daß der zu bewerkstelligende Aufgaben teilweise zu Lasten der die Parteien umringenden Partei und Fraktion gehen müßten, schloß sie sich dem Antrag der CDU-Fraktion an. Dieser wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

4. Titel 541 10 - Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung

Der Antrag der Fraktion der CDU auf Kürzung des Mittelansatzes um 100 000 DM wurde ebenfalls mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt. Die antragstellende Fraktion führte zur Begründung an, das bevölkerungsreichste und hochverschuldete Bundesland werde mit dem bisherigen Ansatz mit zureichendem Maße repräsentiert; eine 9%ige Steigerung sei nicht gerechtfertigt.

5. Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen
Titelgruppe 71 - Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern
- Titel 531 71 - für die Durchführung entwicklungs-
politischer Symposien
- Titel 681 71 - Zuschüsse für den Einsatz junger Menschen
in den Entwicklungsländern
- Titel 684 71 - Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit

Die Fraktion der SPD beantragte, den Mittelansatz bei Titel 531 71 um 50 000 DM, bei Titel 681 71 um 80 000 DM und bei Titel 684 71 um 20 000 DM zu erhöhen.

Zur Deckung beantragte sie die Minderung des Ansatzes in Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen - bei Titel 547 10 - Sächliche Verwaltungsausgaben - um 150 000 DM zu mindern.

Die Ansatzserhöhung ist nach Auffassung der antragstellenden Fraktion wegen der großen Nachfrage und des Engagements der Bürger in Nordrhein-Westfalen für Fragen der Entwicklungspolitik gerechtfertigt. Die Ansatzminderung in Kapitel 02 060 sei wegen geringerer Mietaufwendungen für das Wissenschaftszentrum möglich.

Zusätzlich beantragte sie die gegenseitige Deckungsfähigkeit der genannten Titel in der Titelgruppe 71.

Die Anträge zu Titelgruppe 71 sowie zu Kapitel 02 060 Titel 547 10 wurden bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.

6. Kapitel 02 030 - Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann
Titel 526 00 - Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

Die Fraktion der F.D.P. beantragte, den Ansatz in Höhe

von 340 000 DM
um 240 000 DM
auf 100 000 DM

zu kürzen.

Die Untersuchungsvergabe auf dem Gebiet "Gleichstellung von Frau und Mann" folge keinem nachvollziehbaren Konzept. Insbesondere belege die vom Minister für Wissenschaft und Forschung vorgelegte Dokumentation über die Frauenforschung, daß wahllos Themen untersucht würden, aus denen sich umsetzbare Erkenntnisse für eine effektive Frauenförderung nicht ergeben könnten.

Dieser Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

7. Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung
Titel 684 30 - Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft, die ausschließlich Lehrveranstaltungen für politische Bildung durchführen

Die SPD-Fraktion beantragte, den Ansatz in Höhe

von 24 050 000 DM
um 750 000 DM
auf 24 800 000 DM

zu erhöhen.

In der Antragsbegründung wies sie darauf hin, im Ausschuß für Schule und Weiterbildung habe die SPD-Fraktion eine Änderung von § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz beantragt. Der Durchschnittsbetrag von Personalkosten der hauptberuflich tätigen pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gemäß § 20 Abs. 1 Weiterbildungsgesetz solle von 50 000 auf 55 000 DM erhöht werden. Dadurch erhöhe sich der Durchschnittsbetrag nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Weiterbildungsgesetz auf 33 000 DM. Die daraus folgende Ansatzerhöhung betrage für den Haushalt 02 insgesamt 750 000 DM.

Der Antrag wurde bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion einstimmig angenommen.

Die Erläuterungen zum Titel 684 30 sind entsprechend zu ändern.

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 02 mit den beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Prof. Dr. Farthmann
Vorsitzender

10. Wahlperiode



Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

- Drucksachen 10/3500 und 10/3740-

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung

Berichterstatter Abgeordneter Hegemann CDU

Beschlußempfehlung

Dem Entwurf des Einzelplans 02 wird unverändert zugestimmt.

MM D 10. 080. - 15

Bericht

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hat die in seine Zuständigkeit fallende Titelgruppe 70 des Kapitels 02 020 - Landesentwicklungsprogramm, Landesentwicklungsbericht - am 5. Oktober sowie 2. und 23. November 1988 beraten.

Ergebnis der Beratungen

Der Ausschuß stimmte den Ansätzen mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und F.D.P. zu.

Hegemann

Vorsitzender

MM 010/3302

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

24.11.1988

10. Wahlperiode

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

- Drucksachen 10/3500 und 10/3740-

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Frauenpolitik

Berichterstatterin Abgeordnete Morawietz SPD

Beschlußempfehlung

Der das Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann betreffende Teil des Einzelplans 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei - wird mit den aus dem nachfolgenden Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuß für Frauenpolitik - als Sonderausschuß nach § 22 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung am 15.10.1987 (Drucksache 10/2222, Neudruck) eingesetzt - ist für den das Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann betreffenden Teil des Landeshaushalts zuständig.

Aus terminlichen Gründen hat der Ausschuß für Frauenpolitik nur die im Einzelplan 02 enthaltenen frauenpolitisch relevanten Ansätze in seiner Sitzung am 23. November 1988 beraten und mit obiger Beschlußempfehlung abgeschlossen.

Mit in die Beratungen einbezogen wurde dabei auch die Vorlage 10/1786 mit den zusätzlichen Erläuterungen des Einzelplans 02.

Der Entwurf des Einzelplans 02 wurde, was den das Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann betreffenden Teil angeht, mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

B Einzelberatungen

Die Fraktion der F.D.P. kündigte bei

Kapitel 02 030

Titel 526 00 - Kosten für Sachverständige
und Untersuchungsvorhaben

einen Kürzungsantrag im Hauptausschuß an.

Kapitel 02 030

Titel 684 10 - Zuschüsse zu den Personalausgaben an Träger von Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen

Die Fraktion der SPD beantragte, den Titel um 580 000 DM zu erhöhen, da es einen dringenden Bedarf bei den Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen gebe.

Zur Deckung wurde vorgeschlagen, bei

Kapitel 02 030

Titel 684 20 - Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von Selbsthilfegruppen

den Ansatz um 580 000 DM zu kürzen.

Die Fraktion der CDU, die ebenfalls einen Bedarf an weiteren Frauenhäusern sieht und die Ansatzminderung deshalb für vertretbar hält, hatte einen Änderungsantrag mit dem Inhalt vorgelegt, den Ansatz um 600 000 DM zu erhöhen.

Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. wurde schließlich eine Ansatz-erhöhung in Höhe von 580 000 DM, die nach Auskunft der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann ausreicht, zwei zusätzliche Frauenhäuser einzurichten, gebilligt.

Auf Antrag der Fraktion der SPD wurde im gleichen Kapitel bei

Titel 531 00

- Werbungs- und Aufklärungs-
maßnahmen

folgender Haushaltsvermerk ausgebracht:

"Aus Mitteln dieses Titels können auch Geldpreise gezahlt werden."

Die Fraktion der SPD wollte diese redaktionelle Ergänzung, weil nach ihrer Ansicht für den Wettbewerb "Frauenfreundlichster Betrieb des Jahres" selbstverständlich Geldpreise ausgelobt werden müßten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Der Ausschuß für Frauenpolitik hat darüber hinaus auf Antrag der Fraktion der SPD zu den Einzelplänen 07 - Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales - und 05 - Geschäftsbereich des Kultusministers - je eine aus der Vorlage 10/1935 ersichtliche Empfehlung verabschiedet.

Morawietz
Vorsitzende

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1989

- Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei -

1. Änderungen bei den Haushaltsansätzen
2. Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei
Änderungen bei den Haushaltsansätzen

BesGr. VergGr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
------------------------------	--	---------------------------------	-------------------------------	------------------

02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

426 10	Bezüge der Arbeiter	6.100.000	-	6.100.000
--------	---------------------	-----------	---	-----------

Der Haushaltsvermerk (Sperrvermerk) entfällt (vgl. Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses vom 06.10.1988).

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
	<u>Hinweis zu den einzelnen Titeln</u>			
	Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich, entsprechend zu ändern. <u>Allgemeine Bewilligungen</u>			
02 020				
TGr. 71				
	Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern (Haushaltsvermerk unverändert)			
531 71	Für die Durchführung entwicklungspolitischer Symposien	-	+ 50.000	50.000
681 71	Zuschüsse für den Einsatz junger Menschen in den Entwicklungsländern	250.000	+ 80.000	330.000
684 71	Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit	75.000	+ 20.000	95.000
02 030	<u>Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</u> (Haushaltsvermerke unverändert)			
531 00	Werbungs- und Aufklärungsmaßnahmen Neuer Haushaltsvermerk: <u>"Aus Mitteln dieses Titels können auch Geldpreise gezahlt werden."</u> (Verpflichtungsermächtigung unverändert)	240.000	-	240.000
684 10	Zuschüsse zu den Personalausgaben an Träger von Zufluchtsstätten für mißhandelte Frauen (Verpflichtungsermächtigung unverändert)	4.849.000	+ 580.000	5.429.000

MM 01 0 / 0002 - 21

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei
Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
684 20	Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von Selbsthilfegruppen (Verpflichtungsermächtigung unverändert)	1.400.000	- 580.000	820.000
<u>02 050</u>	<u>Landeszentrale für politische Bildung</u>			
684 30	Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft, die ausschließlich Lehrveranstaltungen für politische Bildung durchführen.	23.300.000	+ 750.000	24.050.000
<u>02 060</u>	<u>Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen</u>			
547 10	Sächliche Verwaltungsausgaben	700.000	- 150.000	550.000
<u>Abschluß Einzelplan 02</u>				
	Gesamteinnahmen	2.605.100	-	2.605.100
	Gesamtausgaben	100.706.200	+ 750.000	101.456.200
	Verpflichtungsermächtigungen	7.006.000	-	7.006.000

MM D1 0 / 88 02 -22

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. VergGr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Ent- wurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
------------------------------	--	--------------------------------------	-------------------------------	------------------

Kapitel 02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel 422 10 Bezüge der Beamten (und Richter)

Leerstellen

A 16	Ministerialrat	-	+ 1	1
A 15	Regierungsdirektor (Das Stellensoll 1988 ist entsprechend zu ändern, da die Leerstelle der BesGr. A 15 BBO gemäß § 7 Abs. 5 S. 3 HG 1988 im Haushaltsjahr 1988 einge- richtet wurde)	-	+ 1	-
A 14	Oberregierungsrat (Das Stellensoll 1988 ist entsprechend zu ändern, da die Leerstelle der BesGr. A 14 BBO gemäß § 7 Abs. 5 S. 3 HG 1988 im Haushaltsjahr 1988 einge- richtet wurde) (Die Erläuterungen sind entsprechend zu ändern)	1	+ 1	2

MM D 1 0 / 3 8 0 2

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. VergGr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Ent- wurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
------------------------------	--	--------------------------------------	-------------------------------	------------------

Titel 425 10 Bezüge der Angestellten

Änderung der Erläuterungen

AT	Angestellte (Fraktionsdienst)	-	+ 1	1
I	Angestellte (Fraktionsdienst)	1	- 1	-

MM D 1 0 / 3 8 0 2 - 2 4

Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

MM D 1 0 / 3 8 0 2 - 2 5

BesGr. VergGr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Ent- wurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
------------------------------	--	--------------------------------------	-------------------------------	------------------

Abschluß

Personalsoll des Einzelplans 02

Planmäßige Beamte	130	-	130
Beamtete Hilfskräfte	-	-	-
Angestellte	196	-	196
Arbeiter	90	-	90
Insgesamt	416	-	416

Nachrichtlich:

Leerstellen (planmäßige Beamte)	6	+ 2	8
Leerstellen (Angestellte)	2	-	2
Leerstellen (Arbeiter)	1	-	1
Leerstellen - insgesamt -	9	+ 2	11